

610 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Ausschusses für soziale Angelegenheiten

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 13. Juli 1971,
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gewerbliche Selbst-
ständigen-Pensionsversicherungsgesetz geändert wird (20. No-
velle zum Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz)

Mit dem vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates soll eine Anpassung des Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetzes an die vorgesehene Neuregelung im Bereich der gewerblichen Selbständigenkrankenversicherung erfolgen. Die Pensionsversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft soll dabei ab 1. Jänner 1974 gleich allen Gewerblichen Selbständigenkrankenstellen in die vorgesehene "Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft" übergeführt werden, wobei sowohl für den Zweig der Krankenversicherung als auch für den der Pensionsversicherung eine getrennte Erfolgsrechnung und gesonderte statistische Nachweisungen erstellt werden sollen.

Der Ausschuß für soziale Angelegenheiten hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 19. Juli 1971 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Ausschuß für soziale Angelegenheiten den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 13. Juli 1971, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gewerbliche Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz geändert wird (20. Novelle zum Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz) wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 19. Juli 1971

K u n s t ä t t e r
Berichterstatter

Hella H a n z l i k
Obmann